

## Beschlussprotokoll

42. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

9. März 2017, 13:57 bis 14:55 Uhr

### Anwesend:

Vorsitzender Abg. Clemens Reif (CDU)

### CDU

Abg. Dr. Walter Arnold  
Abg. Ulrich Caspar  
Abg. Heiko Kasseckert  
Abg. Dirk Landau  
Abg. Judith Lannert  
Abg. Klaus Peter Möller  
Abg. Peter Stephan  
Abg. Karin Wolff

### SPD

Abg. Elke Barth  
Abg. Tobias Eckert  
Abg. Nancy Faeser  
Abg. Regine Müller (Schwalmstadt)  
Abg. Timon Gremmels  
Abg. Stephan Grüger  
Abg. Marius Weiß

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Frank-Peter Kaufmann  
Abg. Kai Klose  
Abg. Karin Müller (Kassel)

### DIE LINKE

Abg. Janine Wissler

### FDP

Abg. Jürgen Lenders

**Fraktionsassistentinnen und -assistenten:**

Christian Richter-Ferenczi	(Fraktion der CDU)
Dr. Tim Heinemann	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sebastian Scholl	(Fraktion DIE LINKE)
Mario Klotzsche	(Fraktion der FDP)

**Landesregierung, Rechnungshof, etc.**

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
MATHIAS SAMSON	STJ	HMWEVL
Maßberg	MPA	-
SILVIA UPLEGGIER	OKousin	- " -
MARCO LESCHEN	RJ	u
Caroline Vöhringer	BOZ in	HLT
Kerstin Martini	DAR in	HMWEVL
Sebastian Wanner	Ang	u
Christoph Schröder	Ang	HMWEVL
Laura Jaske	Praktikantin	HMWEVL
Nicole Hannemann	RJ	HMWEVL
Stephanie Celber	HMWEVL 1021	HMWEVL
Bringmann, Dieter	LR	HMWEVL
EGERTEN, Joro	MR	- " -
Barth, Regine	Ang	u
Dr. Baumann, Karsten	MR	u
Spang, Bieble	ROE	"
Znidest, Ulrike	Dir. in HAH	HAH

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbe- zeichnung	Ministerium, Behörde
Dr. Frank Blasch	RD	Stk
Moritz KUMMER	VA	HSK
Ulau BEIER	<del>Ud.</del> MR	HKM
Alex Peter Stadler	ROT	HAWEL

Protokollierung: Claudia Lingelbach

**Punkt 1:****ELB-Dokumente****TOP B: Beratung**

- a) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems – COM(2016) 821 final**
- b) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen – COM(2016) 822 final**
- c) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den rechtlichen und operativen Rahmen für die durch die Verordnung [ESC Regulation] eingeführte Elektronische Europäische Dienstleistungskarte – COM(2016) 823 final**
- d) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte und entsprechender Verwaltungserleichterungen – COM(2016) 824 final**

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

1. Der Landtag stellt fest, dass die von der Europäischen Kommission im sogenannten Dienstleistungspaket vorgeschlagenen Rechtsakte
  - Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Reformempfehlungen für die Berufsreglementierung (COM(2016) 820 final)
  - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems (COM(2016) 821 final)

- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen (COM(2016) 822 final)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den rechtlichen und operativen Rahmen für die durch die Verordnung [ESC Regulation] eingeführte Elektronische Europäische Dienstleistungskarte (COM(2016) 823 final)
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte und entsprechender Verwaltungserleichterungen (COM(2016) 824 final)

von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind.

Von den beabsichtigten Neuregelungen sind im besonderen Maße die Freien Berufe und auch das hessische Handwerk betroffen, das zu den Grundpfeilern der Wirtschaft in Hessen zählt. Es trägt weit überdurchschnittlich zur Ausbildung junger Menschen bei und garantiert damit ihre erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Seine Selbstverwaltung sichert außerdem Qualität und damit Transparenz und Zuverlässigkeit für die Verbraucher. Die von der Kommission vorgelegten „Reformempfehlungen für die Berufsreglementierung“ enthalten ergänzend auf jeden Mitgliedstaat zugeschnittene Reformvorschläge in ausgewählten Berufsgruppen – Überwiegend im Bereich der Freien Berufe – und führen dazu, dass die Mitgliedstaaten von der Kommission aufgefordert werden, ihre nationalen Berufsreglementierungen diesbezüglich zu überarbeiten.

2. Der Landtag stellt weiter fest, dass gegen die Vorschläge der Europäischen Kommission zum Teil Subsidiaritätsbedenken bestehen. Diese Subsidiaritätsbedenken ergeben sich insbesondere aufgrund folgender Erwägungen:
  - a) Mit dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems – COM(2016) 821 final schlägt die Kommission vor, dass das bisher bewährte Notifizierungsverfahren durch ein rechtlich bindendes Vetorecht der Kommission ersetzt werden soll. Ein solches Vetorecht für die Europäische Kommission ist in den Europäischen Verträgen aber nicht vorgesehen. Die Kommission greift damit unverhältnismäßig und ungerechtfertigt in das Gesetzgebungsverfahren der Mitgliedsstaaten ein. Gleichzeitig hat die Richtlinie Auswirkungen auf den Regelungsbereich der reglementierten Berufe. Den Mitgliedsstaaten ist zu überlassen, welche Berufe sie reglementieren und auf welchem Niveau die Reglementierung erfolgen soll. Viele Bereiche der reglementierten Berufe sind durch zustimmungspflichtige Gesetze geregelt und bedürfen somit der Mitwirkung des Bundesrates und mithin der Länder, insofern sind die Interessen des Landes Hessen betroffen. Auch der Sinn anderer, in der Wirtschaft weithin anzutreffender und allgemein anerkannter Berufsreglementierungen, wird durch die beabsichtigten Neuregelungen erneut in Frage gestellt.

- b) Mit dem Vorschlag für eine Richtlinie über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen wird durch Einführung einer Vielzahl von Prüfungsparametern zusätzliche und unverhältnismäßige Bürokratie geschaffen, die zu keiner tatsächlichen Verbesserung der bereits bestehenden hohen Qualität der Leistungen der reglementierten Berufe führen wird. Die europäische Richtlinie zur Anerkennung von Berufsqualifikationen (2013/55/EU) erfüllt diesen Zweck bereits sehr gut. Ein darüberhinausgehender Prüfungsmaßstab erscheint weder angemessen noch notwendig. Problematisch ist dabei die Einbeziehung unabhängiger Kontrollstellen im Rahmen der Durchführung einer ex ante-Prüfung, da unklar bleibt, wo diese anzusiedeln sind. Der Erhalt von erfolgreichen Bildungs- oder Ausbildungssystemen ist laut Vorschlag der Kommission kein Prüfkriterium und stellt damit keinen Rechtfertigungsgrund dar. Der Landtag sieht dadurch grundsätzlich den Erhalt bzw. die Weiterentwicklung des deutschen Ausbildungssystems und der deutschen Berufsreglementierungen gefährdet. Einzelne Mitgliedsstaaten, wie etwa Deutschland, haben sich gerade auch mit Blick auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Unternehmen an die Qualität der Dienstleistungen entschieden, bestimmte Berufe bzw. Tätigkeiten zu reglementieren. Zur Wahrung der Subsidiarität wäre ein freiwilliger Leitfaden zur Verhältnismäßigkeitsprüfung das bessere Instrument. Der Richtlinienentwurf greift in die Entscheidungskompetenz der Gesetzgeber in Bund und Länder ein und schränkt mittelbar die Ausgestaltung der zulässigen Berufsreglementierung ein. Der Landtag sieht daher einen Verstoß gegen Artikel 5 EUV.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, im Bundesrat auf die Abgabe einer begründeten Stellungnahme gem. Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 über die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit hinzuwirken und dabei diese Stellungnahme zu berücksichtigen.

3. Ferner bestehen folgende inhaltliche Bedenken: Mit den Vorschlägen für eine „Elektronische Europäische Dienstleistungskarte (EED)“ sowie für eine entsprechende Verordnung besteht aus Sicht des Landtages die Gefahr, dass die von einzelnen Mitgliedsstaaten erlassenen hohen Anforderungen an Qualifikation und Ausübung der Tätigkeiten in reglementierten Berufen missachtet oder unterlaufen werden könnten. Es erscheint insbesondere nicht sinnvoll, neben dem bereits etablierten „Einheitlichen Ansprechpartner (EA)“ eine weitere Parallelstruktur für die neue EED aufzubauen. Vielmehr sollten die bewährten Strukturen des EA genutzt und weiter verbessert werden. Die vorgegebenen engen Fristen in Verbindung mit der Genehmigungsfiktion und den beschränkten Anforderungen, die an Dienstleistungserbringer gestellt werden dürfen, führen im Ergebnis zur Einführung des Herkunftslandprinzips. Aus Sicht des Landtages darf es kein Aufweichen bzw. keine Abkehr vom Ziellandprinzip geben, d. h. der Dienstleister muss, egal ob er temporär oder dauerhaft tätig werden will, auch weiterhin die Anforderungen des Ziellandes und nicht nur die des Herkunftslandes erfüllen. Auch verlangt die Kommission die Einrichtung einer Koordinierungsbehörde auf mitgliedstaatlicher Ebene, also auf Bundesebene. Dies steht im Gegensatz zur föderalen Struktur Deutschlands.
4. Der Landtagspräsident wird gebeten, diesen Beschluss der Landesregierung und der Europäischen Kommission zu übermitteln.

(einstimmig)

**TOP A: Kenntnisnahme ohne Beratung**

- a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Governance-System der Energieunion zur Änderung der Richtlinie 94/22/EG, der Richtlinie 98/70/EG, der Richtlinie 2009/31/EG, der Verordnung (EG) Nr. 663/2009, der Verordnung (EG) Nr. 715/2009, der Richtlinie 2009/73/EG, der Richtlinie 2009/119/EG des Rates, der Richtlinie 2010/31/EU, der Richtlinie 2012/27/EU, der Richtlinie 2013/30/EU und der Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 – COM(2016) 759 final**
  
- b) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz – COM(2016) 761 final**
  
- c) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Energieeffizienz von Gebäuden – COM(2016) 765 final**
  
- d) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Risikovorsorge im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG – COM(2016) 862 final**
  
- e) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Neufassung) – COM(2016) 863 final**

**WVA, ULA**

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung hat die ELB-Dokumente zur Kenntnis genommen.

- f) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1095/2010, (EU) Nr. 648/2012 und (EU) 2015/2365 – COM(2016) 856 final**

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung hat das ELB-Dokument zur Kenntnis genommen.

- g) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zur Aufrechterhaltung der derzeitigen Einschränkung ihrer Anwendung auf Luftverkehrstätigkeiten und zur Vorbereitung der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus ab 2021 – COM(2017) 54 final**

WVA, ULA

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung hat das ELB-Dokument zur Kenntnis genommen.

**Punkt 2:**

**Antrag**

**der Fraktion DIE LINKE betreffend Regionalflughafen Kassel-Calden: Landesregierung muss endlich die Reißleine ziehen – Drucks. [19/3843](#) –**

HHA, WVA

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

Der beteiligte Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung schlägt dem federführenden Haushaltsausschuss vor, dem Plenum die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

(CDU, GRÜNE, SPD, FDP gegen LINKE)

**Punkt 3:**

- a) **Antrag  
der Fraktion der FDP betreffend Gründergeist und Unter-  
nehmertum in hessischen Schulen  
– Drucks. [19/4518](#) –**

KPA, WVA

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

Der beteiligte Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung schlägt dem federführenden Kulturpolitischen Ausschuss vor, dem Plenum die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

(CDU, GRÜNE, SPD, LINKE gegen FDP)

- b) **Dringlicher Antrag  
der Fraktion der SPD betreffend Kooperationen von Schulen  
und Unternehmen transparent und einflussfrei fördern  
– Drucks. [19/4562](#) –**

KPA, WVA

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

Der beteiligte Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung schlägt dem federführenden Kulturpolitischen Ausschuss vor, dem Plenum die Ablehnung des Dringlichen Antrags zu empfehlen.

(CDU, GRÜNE, LINKE, FDP gegen SPD)

**Punkt 4:****Berichts Antrag**

**der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Betriebsabläufe und Vorkommnisse am Flughafen Frankfurt/Main**

– Drucks. [19/353](#) –

hierzu:

**Berichte des HMWEVL:**

Flugbewegungen im Februar 2017  
– Ausschussvorlage WVA 19/30-02 –

(verteilt am 06.03.2017)

Lärmpausen im Januar 2017  
– Ausschussvorlage WVA 19/31-01 –

(verteilt am 08.03.2017)

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

Die Beschlussfassung wird vertagt.

**Punkt 5:****Berichts Antrag**

**der Abg. Degen, Barth, Eckert, Frankenberger, Geis, Gremmels, Grüger, Hartmann, Hofmeyer, Merz, Quanz, Weiß, Faeser, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung an hessischen Schulen**

– Drucks. [19/4087](#) –

KPA, WVA

hierzu:

Schreiben des HKM vom 06.01.2017  
– Ausschussvorlage KPA/19/41 –  
– Ausschussvorlage WVA/19/29 –

(eingegangen und verteilt am 18.01.2017)

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

Der Berichts Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt.

**Punkt 6 :**

**Berichts Antrag  
der Fraktionen von SPD und FDP betreffend Fusion der Deutschen  
Börse AG mit der London Stock Exchange (LSE)  
– Drucks. [19/4265](#) –**

hierzu:

Schreiben des HMWEVL vom 28.02.2017  
– Ausschussvorlage WVA 19/32 –

(verteilt am 06.03.2017)

**Beschluss:**

WVA 19/42 – 09.03.2017

Der Berichts Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt.

**Punkt 7:****Verschiedenes**

Hinweis auf die gemeinsame Anhörung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung am **16. August 2017**, ganztägig, und am **17. August 2017**, vormittags, im Plenarsaal zum

**Dringlichen Antrag der Fraktion der FDP betreffend Hessen 4.0 –  
Agenda Digitales Hessen, Drucks. [19/4111](#)**

und zur

**Großen Anfrage der Abg. Eckert, Barth, Decker, Degen, Faeser,  
Frankenberger, Geis, Gremmels, Grüger, Lotz, Dr. Sommer, Weiß  
(SPD) und Fraktion betreffend Auswirkungen der Digitalisierung auf  
Arbeit und Wirtschaft in Hessen, Drucks. [19/2896](#) – vorbehaltlich  
der Überweisung durch das Plenum –.**

Wiesbaden, 9. März 2017

Protokollierung:

Der Vorsitzende:

Claudia Lingelbach

Clemens Reif